

Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN, Mathildenstr. 24, 90762 Fürth

Direktorium
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Thomas Jung
- Rathaus -
90744 Fürth

Harald Riedel, 0911/78 76 333
(Fraktionsvorsitzender)

Barbara Fuchs, 0172/83 666 77
(Stellv. Fraktionsvorsitzende)

Waltraud Galaske, 0911/76 29 74

Kamran Salimi, 0911/73 29 03

Philipp Steffen, 0176/63 49 37 57

Dagmar Svoboda, 0177/7 32 90 31

10.04.19

Antrag zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 6. Mai 2019
Handlungsmöglichkeiten der Kommunalen Verkehrsüberwachung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 6. Mai 2019 stellen wir folgenden

A n t r a g:

1. Die Verwaltung berichtet über die aktuelle Arbeit der kommunalen Verkehrsüberwachung. Im Bericht werden besonders berücksichtigt:
 - Stand der Umsetzung der Neustrukturierung des Sachgebiets Kommunale Verkehrsüberwachungs- und Ordnungsdienste (KVOD)
 - Problemlagen im Bereich widerrechtliches Parken in Feuerwehranfahrtszonen, auf Gehwegen und insbesondere auf Radwegen u.ä.
2. Für die Ahndung und gegebenenfalls das Abschleppen von Fahrzeugen ist bei eklatanten und sicherheitsgefährdenden Zuständen die Polizei zuständig. Die Verwaltung berichtet, welche Möglichkeiten und Kompetenzen die kommunale Verkehrsüberwachung hat, um zum einen die Polizei zu entlasten und andererseits die aktuellen Vollzugsdefizite bei der Ahndung von Verstößen zu reduzieren.

B e g r ü n d u n g:

Mit wachsender Einwohnerzahl wächst auch die Zahl der Verkehrsteilnehmer*innen. Damit sich alle sicher und störungsfrei durch die Stadt bewegen können, ist neben gegenseitiger Rücksichtnahme (leider) auch eine konsequente Verkehrsüberwachung gefragt. Nach entsprechenden GRÜNEN-Anträgen in der Vergangenheit und einer Umorganisation des Sachgebiets Kommunale Verkehrsüberwachungs- und Ordnungsdienste (KVOD) ist ein aktueller Sachstandbericht angezeigt - vor allem, was das sicherheitsgefährdende Parken auf Gehwegen, Radwegen und in Feuerwehranfahrtszonen angeht.

Da es bei der Ahndung von Verstößen gesetzliche Vorgaben gibt, die die Aufgabenteilung mit der Polizei regeln, soll nach Lösungen gesucht werden, wie gleichzeitig die Polizei entlastet und dabei schneller und konsequenter beispielsweise an Gefahrenstellen abgeschleppt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



Harald Riedel



Kamran Salimi



Barbara Fuchs



Philipp Steffen



Waltraud Galaske



Dagmar Svoboda